Griechenland: Kein Ende der Wirtschaftskrise, aber politische Stabilisierung

Gustav Auernheimer

Gustav Auernheimer

1. Krisenstimmung

Schon geraume Zeit vor Ausbruch der jetzigen Krise ließ sich in weiten Bevölkerungskreisen Griechenlands eine Protesthaltung gegenüber dem politischen Establishment feststellen. Ein Schlüsselereignis waren die Unruhen, die am 6. Dezember 2008 in der Athener Innenstadt ausbrachen, nachdem die Polizei einen 15-jährigen erschossen hatte. Die Demonstrationen griffen auf das ganze Land über und schlugen vielerorts in Gewalt um. Insgesamt erreichten sie eine außergewöhnliche Intensität durch die Teilnahme zahlreicher Schüler und Studenten, die diesen Anlass nutzten, um ihrer Enttäuschung über die Lage des Bildungssystems und der Gesellschaft im Allgemeinen Ausdruck zu verleihen. Die Berufschancen von Hochschulabsolventen sind in Griechenland geringer als die von Personen ohne akademische Bildung, während in den meisten übrigen EU – Staaten genau das Gegenteil der Fall ist. In der Krisenzeit seit 2010 hat sich die Jugendarbeitslosigkeit deutlich erhöht, so dass heute für die Bevölkerungsgruppe zwischen 15 und 25 Jahren ein Anteil von mindestens 50% angenommen werden kann.

Nicht allein an den Schulen und Universitäten wuchs die Unzufriedenheit. Die Korruption – in Griechenland schon lange in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen verwurzelt – ist weiter ausgeufert. Politiker, Beamte, ja sogar Kirchenleute waren in Bestechungsskandale verwickelt, die immer dreistere Formen annahmen. Die Medien sorgten für eine sensationelle Berichterstattung, während politische oder strafrechtliche Konsequenzen in vielen Fällen ausblieben. Angesichts dessen ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Ohnmacht entstanden, das häufig in Wut und Hass umschlug. Die Unzufriedenheit breiter Kreise geht auch auf den Eindruck zurück, die Lasten der staatlichen Sparmaßnahmen seien sehr ungleich verteilt und Reiche würden nicht angemessen herangezogen. Protestaktionen artikulierten sich in teilweise neuen Formen, wie Versammlungen vor den Häusern von Politikern. Dies fand laut Meinungsumfragen den Beifall von 80 bis 90% der Bevölkerung. Insgesamt ist im Vergleich zu den großen Demonstrationen 2010 bis 2012 der Widerstand abgeflaut. Das mag zum Teil an Resignation liegen. Unabhängig davon hat die Krise deutliche Spuren hinterlassen. In Athen stehen Wohnungen und Läden reihenweise leer. Üblich wurde es, an Mülltonnen Speisen für

Bedürftige auszuhängen. Von daher ist die Kritik an einer Politik, die nur auf Haushaltskonsolidierung und nicht auch auf wirtschaftliche Wachstumsimpulse setzt, durchaus verständlich.

Zu einem zentralen Begriff in den öffentlichen Diskussionen ist die „Troika“ geworden, die Vertretung von Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond. Ihr obliegt quasi die Aufsicht über den Sparkurs der griechischen Regierung. Die Politik der Europäischen Union und der Eurogruppe wird häufig auf Deutschland reduziert und dessen Position wiederum auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel, der die Hauptschuld an der harten Austeritätspolitik gegeben wird. Sie ist in den griechischen Medien präsenter als in den deutschen. Oft taucht ihr Name in Formulierungen auf wie „das Europa Merkels“, ohne dass irgendeine Nachricht damit verbunden wäre. Fotos der Bundeskanzlerin im Badeanzug während ihres Urlaubs auf Ischia an Ostern wurden ausführlich wiedergegeben; eines davon schaffte es sogar auf die Titelseite der größten Tageszeitung „TA NEA“. Ebenfalls großer Bekanntheit im negativen Sinn erfreut sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, während andere Regierungsmitglieder kaum bekannt sind.

Die ablehnende Haltung gegenüber Deutschland erfuhr neuen Auftrieb durch die Frage der Kriegsentschädigungen, die im Frühjahr plötzlich wieder auftauchte. Anlass war der Bericht einer von der griechischen Regierung eingesetzten Untersuchungskommission. Der Komplex besteht aus zwei Teilen: Zum einen geht es um die Wiedergutmachung der Schäden, die Griechenland durch die deutsche Besatzung 1941 bis 1944 erlitt; zum anderen um einen Kredit, den die griechische Notenbank dem Deutschen Reich gewähren musste und der nie zurückgezahlt wurde. Die Bundesregierung vertritt die Meinung, dass die ganze Angelegenheit erledigt sei, teilweise durch frühere Abkommen, die allerdings nur relativ bescheidene Zahlungen an eng umgrenzte Personenkreise vorsahen. Die griechische Seite will die Sache offen halten und zunächst die juristischen Aspekte weiter prüfen lassen. Bisher wurden alle Klagen durch Privatpersonen sowohl von den höchsten Gerichten beider Länder als auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zurückgewiesen.

2. Nach den Wahlen

Seit den Parlamentswahlen vom Juni 2012 ist in Griechenland eine Koalitionsregierung im Amt. Diese Tatsache, die für viele Länder Normalität ist, stellt für Griechenland ein Novum dar. Nach dem Ende der Militärjunta 1974 dominierten zwei Parteien die Politik: die konservative „Neue Demokratie“ (ND) und die „Panhellenische Sozialistische Bewegung“ (PASOK). Bei Parlamentswahlen erreichten sie zusammen in der Regel über drei Viertel der Stimmen und stellten abwechselnd die Regierung. Das Wahlsystem ermöglichte die Bildung stabiler Regierungen. Die jetzt gültige Regelung räumt der stärksten Partei einen Bonus von 50 der 300 Parlamentssitze ein. Dieses „verstärkte Verhältniswahlrecht“ kommt in den Auswirkungen einem Mehrheitswahlrecht englischer Prägung ziemlich nahe.

Bei den Wahlen 2009 funktionierte das Zweiparteiensystem noch wie gewohnt. Die PASOK unter Giorgos Papandreou gewann 44% der Stimmen und löste die seit 2004 regierende ND unter Kostas Karamanlis ab, die mit 33% das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte einfuhr. Der PASOK war es gelungen, sich mittels neuer Personen ein attraktiveres Image zu verschaffen. Auch bei der Nominierung des Spitzenkandidaten schlug man neue Wege ein. Papandreou war 2004

in einer Urwahl zum Nachfolger von Kostas Simitis als Parteivorsitzender gewählt worden und wurde 2007 im Amt bestätigt. An diesen Urwahlen nahmen neben den Parteimitgliedern auch Sympathisanten teil; die Formel lautete „Mitglieder und Freunde". Damit sollte der Anspruch auf die Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise dokumentiert werden, doch näheres Hinsehen offenbart problematische Züge: Die Direktwahl beinhaltet ein plebiszitäres Element und bedeutet letztendlich eine Stärkung der Führung gegenüber der Basis bei gleichzeitiger Abwertung der Parteigliederungen. Der Vorsitzende gewinnt eine dominierende Funktion, seine Wahl ist von derjenigen der übrigen Parteiorgane abgekoppelt.

Der PASOK-Vorsitzende Giorgos Papandreou hatte im Wahlkampf 2009 erklärt: „Geld ist vorhanden!" Eine etwas überraschende Aussage, war doch die Staatsschuld von 178 Milliarden Euro im Jahre 2003 auf 293 Milliarden Euro 2009 angewachsen. Bis 2010 waren die Zinsen für griechische Staatsanleihen in einem Maße gestiegen, dass auf dem internationalen Kapitalmarkt keine Kredite mehr zu tragbaren Konditionen erhältlich waren. Um den Staatsbankrott abzuwenden, wurde im gleichen Jahr ein Abkommen zwischen Griechenland auf der einen sowie Europäischer Union und Internationalem Währungsfond (IWF) auf der anderen Seite geschlossen. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 110 Milliarden Euro vor, von dem die Mitglieder der Eurozone 80 Milliarden und der IWF 30 Milliarden trugen. Ein weiterer Anstieg der Staatsschuld Griechenlands sollte verhindert und seine Rückkehr an die internationalen Kapitalmärkte ermöglicht werden. Für diesen Zweck war vorgesehen, die Einnahmen des Staates zu erhöhen und gleichzeitig die Ausgaben zu senken. Freilich blieb unerörtert, wie das bei zurückgehender Wirtschaftsleistung und steigender Arbeitslosigkeit bewerkstelligt werden könnte. Überwiegend wurden die genannten Ziele verfehlt, weshalb ein zweites, am 12. Februar 2012 vom Parlament verabschiedetes Kredit- und Sparprogramm nötig war.

Angesichts des Erfolgs von Papandreou bei den Wahlen 2009 war sein Niedergang umso überraschender. Das Memorandum („Mnimonio") mit EU und IWF wurde nicht nur von der Opposition, sondern auch von etlichen PASOK-Abgeordneten in Frage gestellt. Papandreous Parlamentsmehrheit bröckelte dahin. Im November 2011 trat er zurück und machte den Weg für eine Übergangsregierung unter der Führung von parteilosen „Technokraten" frei. Im Mai 2012 fanden dann vorgezogene Parlamentswahlen statt. Bei ihrem Resultat sticht zunächst der Absturz der beiden großen Parteien ins Auge. Konnten ND und PASOK bei früheren Wahlen etwa 80% der Stimmen auf sich vereinigen, so waren es jetzt gerade einmal 32%! Der Sturz der PASOK von 44% auf jetzt 13% dürfte im internationalen Vergleich einmalig sein. Weniger drastisch, aber immer noch erheblich war der Rückgang der ND von 33% auf 19%. Trotzdem wurde sie damit stärkste Partei und erhielt den vom Wahlgesetz für den Erstplatzierten vorgesehenen Bonus von 50 Sitzen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob der Wählerwille nicht verfälscht wird, wenn einer Partei, die 19% der Stimmen erhält, 36% der Sitze zugesprochen werden.

Auf der Gewinnerseite steht an erster Stelle das „Bündnis der Radikalen Linken" (SYRIZA), ein Zusammenschluss unterschiedlicher sozialistischer und kommunistischer Gruppen. Das Wahlbündnis konnte seinen Anteil von 5% auf 17% steigern. Die gemäßigtere „Demokratische Linke" (DIMAR), die zum ersten Mal antrat, erzielte 6%. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), in deren Reihen nicht wenige dem stalinistischen System

nachtrauern, blieb mit 8% in etwa auf ihrem vorherigen Stand. Blickt man auf die rechte Seite des politischen Spektrums, so ist hier die Neugründung „Unabhängige Griechen“ (ANEL) mit fast 11% der Stimmen zu nennen. Die Beteiligung sank von früher etwa 80% auf 65%, sicher ein Zeichen, dass immer mehr Menschen am Sinn von Wahlen zweifeln.

Als sehr bedenklich muss man den Einzug der Partei „Chrysi Avgi“ (Goldene Morgenröte) mit 7% ins Parlament bezeichnen. Diese rechtsextremistische und rassistische Gruppierung ist in der jüngsten Vergangenheit nicht nur mit verbalen, sondern auch mit tätlichen Angriffen gegen Ausländer aufgefallen. Sie ist auf einen Führer an der Spitze ausgerichtet, straff durchorganisiert und nach außen hin abgeschottet. In sozialer Hinsicht entsprechen ihre Wähler jedoch dem Durchschnitt der griechischen Gesellschaft. Es wäre also falsch, ihre Anhänger hauptsächlich unter den Modernisierungsverlierern („Underdogs“) zu suchen. Auch finden sich die Wähler von Chrysi Avgi keineswegs vermehrt in Vierteln mit hohem Migrantenanteil. Bei einer Umfrage in den sechs Stadtbezirken Athens meinten durchweg 50 bis 60% der Befragten, die Migranten seien schädlich für die Wirtschaft. Ein gleich hoher Anteil vertrat die Position, die Ausländer bereicherten das kulturelle Leben des Landes nicht, sondern untergrüben es. Solche Einstellungen können in Zeiten schwerer Krisen zur Präferenz für eine rechtsradikale Gruppierung führen.

Die Partei hat sich inzwischen angemaßt, in öffentlichen Institutionen Kontrollen durchzuführen. Sie hat angekündigt, in den Krankenhäusern ausländische Patienten aus den Betten zu werfen, um Platz für griechische zu schaffen. Es rückten Anhänger an, um zu „überprüfen“, ob das ausländische Pflegepersonal auch eine Arbeitserlaubnis hat. Andernorts marschierten Mitglieder in uniformähnlicher Kleidung auf, um den muttersprachlichen Unterricht für albanische Kinder zu verhindern. Bei gewaltsamen Übergriffen waren mehrmals Abgeordnete beteiligt; in vier Fällen wurde inzwischen die parlamentarische Immunität aufgehoben. Viele der erwähnten Aktionen stießen von Seiten der Verantwortlichen, aber auch bei Bürgerinnen und Bürgern auf Widerstand. Man kann sich allerdings nicht des Eindrucks erwehren, dass doch ein Resonanzboden vorhanden ist oder einfach ein gewisser Gewöhnungsprozess stattfand. Als vor einiger Zeit ein Abgeordneter der Chrysi Avgi erklärte, Roma seien für ihn keine gleichwertigen Bürger, da sie die Kriminalität in ihren DNA hätten, erhob sich kein öffentlicher Protest.

Keine Partei gewann im Mai 2012 die absolute Mehrheit und bei Sondierungsgesprächen wurde schnell deutlich, dass über eine Koalitionsregierung kein Konsens erzielt werden konnte. Vor allem die Differenzen zwischen ND und SYRIZA erwiesen sich als unüberbrückbar. So fanden am 17. Juni erneut Wahlen statt. ND und SYRIZA legten um jeweils ca. 10% zu. Mithin fand sowohl im rechten als auch im linken Lager ein Konzentrationsprozess statt. Dieser geschah auf Kosten von ANEL, KKE und der meisten kleineren Gruppierungen. PASOK, Chrysi Avgi und DIMAR blieben im Wesentlichen auf dem Stand vom Mai. Die an der 3%-Klausel gescheiterten Kandidaturen sanken von 19% auf 6%. Viele Wähler wollten möglicherweise durch die Stimmabgabe für eine der beiden größten Parteien die Bildung einer stabilen Regierung erleichtern.

Wie es die Verfassung vorsieht, erhielt der ND-Vorsitzende Antonis Samaras als Führer der stärksten Partei vom Staatspräsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung. Er begab sich auf die Suche nach Koalitionspartnern. Für SYRIZA lehnte Alexis Tsipras gleich

ab, da er von Samaras keine Zusagen über die Kündigung oder zumindest Neuverhandlung des „Mnimonio“ erhielt. Dagegen sagte die PASOK zu und so stand schon wenige Tage nach den Wahlen das Kabinett von Ministerpräsident Samaras fest. Um die Regierungsbasis nach links zu erweitern, wurde DIMAR miteinbezogen, die sich nach internen Kontroversen für eine Mitarbeit entschied. DIMAR und PASOK scheinen allerdings nicht ohne Vorbehalte beteiligt zu sein, denn als Minister entsandten sie zumeist keine Parteipolitiker, sondern ihnen nahe stehende Experten.

In der Regierungserklärung stand an erster Stelle die Absicht, die Finanzkrise zu bewältigen und Wege zu einem wirtschaftlichen Aufschwung zu eröffnen. Einzelne Punkte des Sparpakets sollen einer Revision unterzogen werden. Die Koalitionspartner beeilten sich aber hinzuzufügen, die europäische Orientierung des Landes, der Verbleib in der Eurozone und die Maßnahmen zum Schuldenabbau dürften nicht gefährdet werden. Nach Meinung der Regierung muss indes der der auf Ende 2014 festgelegte Termin für die Haushaltskonsolidierung um mindestens zwei Jahre verschoben werden. Die Sanierung des Staatshaushalts soll ohne weitere Gehaltskürzungen und ohne Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst erreicht werden. Stattdessen sind eine neue Steuergesetzgebung, die Bekämpfung der Steuerflucht und der Verschwendung öffentlicher Gelder sowie die Privatisierung öffentlichen Eigentums vorgesehen. Anvisiert wird ferner ein „radikaler Wandel des politischen Systems“. Dazu gehört die Änderung des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit, das in seiner bisherigen Fassung eine strafrechtliche Ahndung von Vergehen erschwert hat. Rückwirkend sollen die Steuererklärungen von Politikern und Spitzenbeamten überprüft werden, und zwar beginnend 1974, also mit dem Ende der Militärjunta!

Alexis Tsipras erklärte, als verantwortungsvolle Opposition werde man die Regierung unterstützen, soweit diese gesellschaftliche Spannungen abbauen wolle. Andere führende Syriza – Vertreter stimmten dem nicht zu, sondern strebten den Sturz der Regierung an. Vor den Wahlen im Juni hat sich das Wahlbündnis offiziell in eine Partei mit dem Namen SYRIZA – EKM (Vereinigte Soziale Front) umgewandelt, um gegebenenfalls vom 50-Sitze-Bonus für den Wahlsieger zu profitieren. Tsipras will zwar die nächsten Wahlen gewinnen, musste aber eingestehen, dass er noch kein Regierungsmodell hat, vor allem keine Antwort auf die Frage, was er macht, wenn die Troika seiner Regierung die Mittel sperren sollte. Er sucht nach Bündnispartnern und traf sich dabei auch mit dem Vorsitzenden der rechtspopulistischen ANEL, was ihm herbe Kritik aus den Parteireihen eintrug. Gegenüber seinem in jüngster Zeit etwas gemäßigten Kurs formierte sich die innerparteiliche Opposition. Ihren Kern bildet die „Linke Plattform“ unter Führung des Abgeordneten Panagiotis Lafazanis. Während Tsipras für den Verbleib innerhalb der Eurozone plädiert („Ja zum Euro, nein zur Troika“) verlangt diese radikalere Gruppe die Rückkehr zur Drachme. Die zukünftige Entwicklung Griechenlands wird davon abhängen, inwieweit die Hauptopposition ihre Heterogenität aushalten und von einem Bündnis zu einer echten Partei werden kann. Eine entscheidende Frage für das politische System insgesamt ist, wie sich der in den letzten Jahren hervorgetretene Antiparlamentarismus der extremen Rechten und Linken weiter gestalten wird.

3. Jetzige und zukünftige Probleme

Im Frühjahr wurden in der öffentlichen Wahrnehmung die Schuldenprobleme

Griechenlands vorübergehend verdrängt durch die des anderen griechischen Staates: Zyperns. Die zypriotischen Banken waren von der Krise mit betroffen worden, hatten sie doch in großem Umfang griechische Staatsanleihen angekauft. Als nun Zypern ziemlich unvermittelt einen Finanzbedarf von 17 Milliarden Euro anmeldete, erklärten sich EU und IWF bereit, 10 Milliarden zu übernehmen. Die übrigen 7 Milliarden sollten von den Spareinlegern der beiden größten Banken aufgebracht werden. Vorgeschlagen war eine Abgabe von 9,9% für Einlagen über 100.000 Euro und von 6,75% für solche darunter. Das Parlament lehnte diesen Vorschlag ab, was von den griechischen Medien teilweise als Widerstandsakt von historischer Dimension gefeiert wurde. Diese Tendenz erhielt dadurch Auftrieb, dass das Datum der Abstimmung zeitlich mit dem 25. März zusammenfiel, dem Jahrestag des Aufstands gegen die türkische Herrschaft 1821. Mit „Das große Nein“ übertitelte eine Zeitung mehrere Sonderseiten. Gemäß der später doch gefundenen Einigung sollen die Einlagen unter 100.000 Euro verschont bleiben und die darüber mit einem Satz zwischen 30 und 40% belastet werden. Die kommunistische Partei AKEL, die bis zu den Wahlen im Februar 2013 den Staatspräsidenten stellte, fordert inzwischen den Austritt aus der Eurozone. Auch in Griechenland mehren sich die Stimmen, die einen „geordneten Rückzug“ aus der Währungsunion verlangen.

Gegen eine Belastung von Großguthaben hatte sich die zypriotische Regierung gewehrt, um ausländische und vor allem russische Investoren nicht zu vergraulen. Letztere haben für Zyperns Wirtschaft in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung gewonnen. Die Zahl der ständig auf Zypern lebenden Russen wird (bei 860.000 Einwohnern) auf mindestens 50.000 geschätzt, von denen 8.000 die Staatsangehörigkeit erworben haben. Voraussetzung hierfür ist an erster Stelle eine größere Kapitalanlage auf der Insel. Am Beispiel Zyperns zeigen sich mehrere Probleme für die Europäische Union: Wann gefährdet eine nationale Krise die Eurozone und wieweit kann einem Krisenstaat entgegengekommen werden? Ist es zulässig, die bisher als unantastbar geltenden Spareinlagen wie Investitionen oder Börsenspekulationen zu behandeln, sie also einem Verlustrisiko auszusetzen? Was geschieht, wenn ein Mitgliedsstaat der EU nichts gegen Geldwäsche unternimmt oder sogar seine Staatsangehörigkeit „verkauft“?

Um auf Griechenland zurückzukommen, so attestierte ihm die „Troika“ gute Fortschritte. Das Haushaltsdefizit lag Ende 2012 bei nur 1,3% des Bruttoinlandprodukts (BIP). Für 2014 wird erstmals wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum nach den Jahren der Rezession vorausgesagt. Die Kredittranche vom Mai in Höhe von 8, 8 Milliarden Euro wurde ausgezahlt. Als „Achillesferse“ gilt nach wie vor die mangelhafte Leistung bei den Steuereinnahmen. Zum Streitpunkt in den Verhandlungen entwickelte sich immer mehr die Frage von Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Noch im Lauf dieses Jahres sollen 4.000 Beschäftigte entlassen werden, bis Ende 2014 weitere 15.000. Die „Troika“ will sich nicht mit allgemeinen Absichten zufrieden geben, sondern pocht auf die Nennung von Namen. Der Anfang soll mit Beschäftigten gemacht werden, die sich Verfehlungen zu Schulden kommen ließen oder gar unter falschen Voraussetzungen (z. B. gefälschte Zeugnisse) eingestellt wurden. Bei insgesamt 760.000 Staatsbediensteten muten die Zahlen bescheiden an. Doch selbst hier stellen sich verschiedene Hindernisse in den Weg: Disziplinarkommissionen und Gerichte arbeiten langsam, in einzelnen Bereichen sind Neueinstellungen geplant, insgesamt will man das

Thema niedrig halten, um keine Proteste hervorzurufen.

Die Regierung plant, den Weg der Konsolidierung weiterzugehen und hofft dabei auf eine Lockerung der Sparauflagen nach den Bundestagswahlen im September. Es wird also darauf spekuliert, dass es die deutschen Regierungsparteien dann nicht mehr so nötig haben wie jetzt, vor den Wählern eine harte Haltung gegenüber den schwachen Partnern in der EU herauszukehren. Die griechischen Regierungsparteien versuchen ihrerseits, sich für die Zukunft ein neues Profil zu geben, wovon ihre Parteitage Beleg sind. Die PASOK versucht, die Führungsposition im Mitte-Links Spektrum zurückzugewinnen und setzt dabei – von ihrem Vorsitzenden Evangelos Venizelos abgesehen – auf die Generation der 35-jährigen. Ähnliche Bemühungen sind bei der ND im Mitte-Rechts Bereich feststellbar. Für die Akzeptanz der politischen und rechtlichen Ordnung wird eine Rolle spielen, ob die juristische Aufarbeitung von Skandalen Resultate zeigt. Dem Verfahren gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos kommt hier eine Art Musterfunktion zu. In einem „Vorprozess“ wurde er wegen Steuerhinterziehung zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Aufgrund des Verdachts, beim Kauf von Rüstungsgütern Bestechungsgelder von deutschen Lieferanten eingesteckt zu haben, droht ihm jetzt eine noch höhere Strafe.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung setzt das Volk in der Krise weiterhin auf die bewährte Institution Familie: Bei einer Umfrage gaben 72% der Befragten an, hier Rat und Hilfe in Notlagen zu suchen.

Einführende Literatur

Björn Egner/Georgios Terizakis (Hrsg.): Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder. Baden – Baden: Nomos – Verlag 2009.

Oliver Schwarz/ Franz-Lothar Altmann/ Hansjörg Brey (Hrsg.): Griechenland in der Schulden- und Staatskrise? Ursachen, Folgen und Auswege. München: Verlag Otto Sagner 2012.

Griechenland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 35-37/ 2012.

Schwerpunkt Griechenland, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Heft 3/2012.

Politische Theorie mit Methode

Holger Zapf

Methoden der politischen Theorie

Eine Einführung

2013. ca. 100 Seiten, Paperback.
Ca. 12,90 €

ISBN 978-3-86649-416-9

An inhaltlichen Einführungen in den Bereich der Politischen Theorie besteht kein Mangel. Wie aber sieht es mit den Methoden aus? Der Band führt systematisch, übersichtlich und verständlich in die wichtigsten Methoden der Politischen Theorie ein und räumt mit dem Vorurteil auf, Politische Theorie sei eine methodenfreie Zone in der Politikwissenschaft.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:

Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de